

Gute Argumente für die Klimaanpassung im Stadtumbau

Um die Klimaanpassung in der Stadtentwicklung – auch im Rahmen von Stadtumbauprozessen – berücksichtigen zu können, bedarf es häufig einer guten Argumentation innerhalb der Verwaltung oder gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Klimaanpassung, im Gegensatz zum Klimaschutz, stößt häufig erst einmal auf Skepsis, da sich der Mehrwert nicht auf den ersten Blick erschließt. Es wird vielfach nur ein vermeintlicher Mehraufwand für Ereignisse gesehen, deren Eintreten unsicher ist. Dabei gibt es viele gute Gründe, schon heute eine klimaangepasste Stadtentwicklung zu betreiben. Denn auch wenn sich einzelne Fachdisziplinen bereits mit den Folgen für ihren Zuständigkeitsbereich auseinandersetzen, bietet eine integrierte und fachübergreifende Betrachtung und gemeinsame Bearbeitung des Themas in der Stadtentwicklung – und insbesondere im Stadtumbau – zusätzliche Vorteile. Die folgende Argumentationshilfe soll motivierten Akteuren helfen, die Notwendigkeit zur Berücksichtigung des Klimawandels bei der städtebaulichen Planung gegenüber kritischen Stimmen zu begründen.



Die Stadt für das Klima von morgen wird heute gebaut

Die Folgen des Klimawandels stellen nur vermeintlich ein Problem dar, das uns erst in ferner Zukunft betrifft. In vielen Städten sind bereits Veränderungen spürbar. So treten schon heute Extremereignisse auf, die hohe Schäden verursachen. Viele haben sicher noch die Bilder der Starkregenereignisse des Sommers 2016 vor Augen, die insbesondere in Süddeutschland zu massiven Schäden führten. Im Gedächtnis ebenfalls präsent dürfte der Hitzesommer 2003 sein, der europaweit viele tausend Tote zur Folge hatte. Künftig werden sich solche Ereignisse voraussichtlich häufen und noch verstärken. Daher ist es gerade bei der Gestaltung langlebiger Infrastrukturen sinnvoll, diese schon jetzt an künftige Herausforderungen anzupassen. Stadtstrukturen, die heute gebaut oder umgebaut werden, müssen auch noch in 50 bis 100 Jahren unter veränderten Rahmenbedingungen verlässlich funktionieren und eine hohe Lebensqualität ermöglichen. Wer den Klimawandel jetzt schon bei seinen Planungen berücksichtigt vermeidet Risiken und Kosten in der nahen und fernen Zukunft.



Kommunaler Klimaschutz ersetzt nicht den Anpassungsbedarf an den Klimawandel

Viele Kommunen engagieren sich bereits aktiv für den Klimaschutz. Doch auch wenn alle Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels lokal erfolgreich umgesetzt werden, ist dieser aufgrund der globalen Ursachen nicht mehr ganz aufzuhalten. Daher sollten sich Kommunen auch mit den Folgen des Klimawandels auseinandersetzen und entsprechend der eigenen Betroffenheit Vorsorge betreiben. Dabei ist es wichtig zu vermitteln, dass Anpassungsaktivitäten nicht zu Lasten des kommunalen Klimaschutzes gehen. Anpassungsmaßnahmen unterscheiden sich in der Regel deutlich von den bekannten Maßnahmen im Klimaschutz.



Klimaanpassung im Stadtumbau wird eine kommunale Pflichtaufgabe

Klimaanpassung ist keine freiwillige Aufgabe! Spätestens seit der Novellierung des Baugesetzbuches vom Juli 2011 ist die Klimaanpassung nunmehr laut § 171a BauGB ausdrücklich zu einer Pflichtaufgabe des Stadtumbaus geworden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem der Bedeutungsgewinn der Quartiersebene. Durch die mit der Novelle 2013 vollzogenen Änderungen in § 136 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1, Abs. 3 und Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 BauGB können die Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung bei den Sanierungszielen zur Behebung städtebaulicher Missstände berücksichtigt werden. Mit der 2016er BauGB-Novelle steht die Anpassung der Umweltprüfung an die Änderung der UVP-RL an.



Klimaanpassung lässt sich in bestehende Verwaltungsstrukturen integrieren

Die Berücksichtigung von Klimaanpassung in der Stadtentwicklung erfordert nicht unbedingt aufwendige Gutachten oder neue Personalstellen. Das Thema kann in einem gewissen Rahmen auch innerhalb bestehender Verfahren und damit innerhalb der gegebenen Strukturen vom vorhandenen Personal bearbeitet werden. Dabei ist Klimaanpassung eine Querschnittsaufgabe, die nicht nur die Umweltressorts berührt und von diesen auch nicht alleine abgedeckt werden kann. Jeder Fachbereich wird sich künftig in seiner Arbeit damit auseinandersetzen müssen und bringt umfangreiches Expertenwissen mit. So betrifft beispielsweise die Zunahme sommerlicher Hitzetage sowohl den Gesundheitsbereich, der sich mit den gesundheitlichen Belastungen der Bevölkerung durch hohe Temperaturen auseinandersetzen muss, als auch den Bereich Stadtgrün, der mit den zusätzlichen Bewässerungs- und Pflegebedarfen von Begrünung konfrontiert sein wird und bei Neupflanzungen auf Arten ausweichen sollte, die mit den neuen Bedingungen besser zurechtkommen. Zur Diskussion und Bearbeitung des Themas Klimaanpassung können bestehende ressortübergreifende Arbeitsgruppen und der „kurze Dienstweg“ in der verwaltungsinternen Kommunikation genutzt werden. Es geht bei der Klimaanpassung nicht darum, neue Arbeit und großen zusätzlichen Aufwand zu schaffen, sondern ohnehin anstehende Aktivitäten im Sinne der Klimaanpassung zu qualifizieren. Möglichkeiten hierzu bestehen zum Beispiel durch die Berücksichtigung des Themas im Rahmen von integrierten Entwicklungskonzepten, die dann als weitere Arbeits- und Entscheidungsgrundlage herangezogen werden können.



Klimaanpassung verursacht nicht unbedingt Mehrkosten

In Zeiten, in denen Kommunen bei knappen Finanzen einer Vielzahl großer Herausforderungen, wie beispielsweise dem demografischen Wandel und Wohnungsknappheit gegenüberstehen, ist es nur allzu verständlich, dass sie beim Thema Klimaanpassung weitere finanzielle Belastungen befürchten. Glücklicherweise ist es so, dass viele Maßnahmen, die auch – aber nicht unbedingt ausschließlich – der Anpassung an den Klimawandel dienen, zum Teil ohne größeren finanziellen Mehraufwand umgesetzt werden können. Dies gelingt besonders dann, wenn die Klimaanpassung frühzeitig mitgedacht und in ohnehin anstehende Projekte integriert wird, zum Beispiel wenn ein klimagerechter Straßenumbau erfolgt, da ohnehin eine Kanalsanierung und eine Neuordnung des Straßenraumes aus Gründen der Verkehrssicherheit anstehen. Entstehen tatsächlich Mehrkosten, beziehen diese sich vielfach auf technische Infrastruktur und sind möglicherweise umlagefähig im Rahmen der Erschließungsbeiträge. Darüber hinaus gibt es verschiedene Möglichkeiten, Klimaanpassungsmaßnahmen über Fördermittel – auch im Rahmen von Städtebauförderung – zu realisieren.



Viele Städte haben sich erfolgreich auf den Weg gemacht und es gibt zahlreiche Hilfsangebote

Beim Thema Klimaanpassung stehen Kommunen nicht alleine da und müssen dabei auch das Rad nicht neu erfinden. Viele Städte haben sich bereits mit unterschiedlichen Aspekten von Klimaanpassung beschäftigt und Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Man kann bei der Klimaanpassung also viel von anderen lernen. Darüber hinaus gibt es sowohl vom Bund und den Ländern als auch anderen Institutionen, wie zum Beispiel dem Deutschen Wetterdienst, eine Vielzahl an Informationsangeboten und Hilfestellungen. Diese Broschüre stellt zahlreiche Quellen vor, in denen erfolgreiche Beispiele und umfangreiches Hintergrundwissen anschaulich aufbereitet sind. Auch eine intensive Recherche und ein Austausch in den interkommunalen Netzwerken lohnen sich!



Stadtumbauprozesse bieten gute Anknüpfungspunkte

Die Erfahrungen zeigen, dass gerade Bestandsquartiere besonders sensibel auf extreme Wetterereignisse reagieren. Unterschiedliche Faktoren wie hohe Dichte, ältere Gebäudesubstanz, begrenzt belastbare Infrastruktur, wenig Grünflächen und heterogene Bevölkerungsstrukturen erhöhen die Anfälligkeit. Dabei lassen sich gerade im Stadtumbau eine Vielzahl von Stell-schrauben identifizieren und kleinteilige Maßnahmen umsetzen, wodurch die Widerstandsfähigkeit erhöht werden kann. Die umfangreiche Bestandsanalyse und integrierte Betrachtung der Stadtumbauprozesse zeigt Synergien mit anderen Maßnahmen wie beispielsweise Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit oder bauliche Sanierung auf. Durch die bewährten und erprobten Kommunikationsstrukturen im Rahmen von Stadtumbauprozessen können private Akteure erreicht werden, deren Bereitschaft zur Mitwirkung vielfach Voraussetzung für eine erfolgreiche Klimaanpassung ist.



Klimaanpassung erhöht schon heute die Lebensqualität und kann langfristig Kosten sparen

Durch den Vorrang der Innenentwicklung zur Erreichung des 30-ha-Ziels und den gleichzeitig anhaltenden hohen Bedarf für neuen Wohnraum in Ballungsräumen wächst der Druck, innerstädtische Freiflächen zu bebauen. Bei der Abwägung kommen die Belange von innerstädtischer Lebensqualität und Klimaanpassung jedoch häufig zu kurz, da die Folgekosten der Bebauung in der Regel kaum eine Betrachtung erfahren, die über den vorgegeben Eingriffsausgleich hinausgehen. Beispielsweise geht durch die Versiegelung bisher unversiegelter Böden deren Kühlleistung verloren.

Werden beim Bau vornehmlich dunkle Materialien verwendet, heizen sich Gebäude und Außenflächen aufgrund der geringen Rückstrahlkraft der Oberflächen auf. Ungünstig ausgerichtete Gebäudekörper erschweren zusätzlich den Luftaustausch. In Summe kann es zu einer erheblichen Aufheizung von Außen- und Innenräumen kommen, so dass umfangreiche und energetisch teils aufwendige Kühlungsmaßnahmen erforderlich sind, um eine übermäßige Hitzebelastung für die dort arbeitende und lebende Bevölkerung zu vermeiden.

Solche Maßnahmen sind in der Regel mit hohen Kosten verbunden. Im Umkehrschluss kann im Stadtumbau durch punktuellen Rückbau und Entsiegelungsmaßnahmen sowie die Erhöhung der Albedo von Oberflächen, zum Beispiel durch den Einsatz heller Materialien bei der Sanierung von Fassaden, einem übermäßigen Aufheizen des Quartiers entgegengewirkt werden und eine verbesserte Durchlüftung erreicht werden. Durch die (Wieder-)Herstellung von Grün- sowie Wasserflächen, zum Beispiel auf Konversionsflächen, können schon heute das Wohnumfeld aufgewertet, die Lebensqualität gesteigert und gleichzeitig positive Effekte auf die klimatische Situation von Bestandsquartieren erzielt werden. Durch die Wahl angepasster Bepflanzung können dabei hohe, künftig zu erwartende Bewässerungskosten für die Grünflächen vermieden werden.



Foto: © BPW baumgart+partner



Foto: © Johannes Gerstenberg / pixelio.de